

Entwurf  
Stand: ~~25.11.9. September~~ 2022

Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 22-01  
„Solarpark Rehagen“

vom

~~09.09.2022~~ 25.11.2022

zwischen

Gemeinde Am Mellensee, vertreten durch den Bürgermeister, Zossener Straße 21c,  
15838 Am Mellensee,

– im Folgenden „Gemeinde“ –

und

M-Solarkraftwerk 8 GmbH & Co. KG, Alte Landstr. 23, 85521 Ottobrunn, vertreten  
durch die Komplementärin Münchener Solarkraftwerk und Verwaltungs GmbH, Alte  
Landstr. 23, 85521 Ottobrunn, vertreten durch den einzelvertretungsberechtigten Ge-  
schäftsführer Florian Genßler

– im Folgenden „Vorhabenträger“ –

Gemeinde und Vorhabenträger gemeinsam im Folgenden „Parteien“.

Kommentiert [GGSC1]: Bitte übersenden Sie uns einen  
aktuellen HRG-Auszug.

## Inhalt

§ 1	Gegenstand des Vertrags.....	445	Feldfunktion geändert
§ 2	Verfügungsberechtigung .....	445	Feldfunktion geändert
§ 3	Realisierung des Vorhabens .....	445	Feldfunktion geändert
§ 4	Art, Umfang und Kosten von Planungsleistungen .....	556	Feldfunktion geändert
§ 5	Bereitstellung der Planunterlagen .....	667	Feldfunktion geändert
§ 6	Planungshoheit .....	667	Feldfunktion geändert
§ 7	Ausgleichs und Ersatzmaßnahmen.....	667	Feldfunktion geändert
§ 8	Erschließungsmaßnahmen.....	778	Feldfunktion geändert
§ 9	Gewerbesteuer .....	779	Feldfunktion geändert
§ 10	Rückbauverpflichtung .....	879	Feldfunktion geändert
§ 11	Übertragung von Pflichten und Rechtsnachfolge.....	889	Feldfunktion geändert
§ 12	Verhaltensgrundsätze .....	9810	Feldfunktion geändert
§ 13	Haftung des Vorhabenträgers/Haftungsausschluss zugunsten der Gemeinde .....	9910	Feldfunktion geändert
§ 14	Rücktrittsrecht/Fristsetzung .....	101011	Feldfunktion geändert
§ 15	Schlussbestimmungen.....	111112	Feldfunktion geändert

### Präambel

Die Gemeindevertretung der Gemeinde hat in ihrer Sitzung vom 18. Januar 2022 die Aufstellung eines Bebauungsplans zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage („**Solarpark**“ oder „**Vorhaben**“) nördlich des Ortsteils Sperenberg beschlossen. Die Gemeinde unterstützt damit das Ziel des Vorhabenträgers, Planungsrecht für die Errichtung des Solarparks zu schaffen. Hierfür sind die Aufstellung eines Bebauungsplanes und die Änderung des Flächennutzungsplanes durch die Gemeinde erforderlich.

Dieser städtebauliche Vertrag regelt die Beteiligung des Vorhabenträgers an der Vorbereitung und Durchführung der zur Umsetzung des Vorhabens dienenden Planungs-, Ordnungs- und Infrastrukturmaßnahmen und deren Finanzierung. Zugleich sollen die mit dem Bebauungsplan verfolgten städtebaulichen Ziele durch vertragliche Vereinbarungen gefördert und gesichert werden. Die Parteien sind sich einig, dass dieser Vertrag das planungsrechtliche Ermessen der Gemeinde nicht beschränkt und die Gemeinde auch nicht verpflichtet ist, den Bebauungsplan aufzustellen.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien auf Grundlage von § 11 BauGB folgenden städtebaulichen Vertrag:

## § 1

### Gegenstand des Vertrags

- 1.1 Der Vorhabenträger plant die Errichtung eines Solarparks auf den in **Anlage 1.1** genannten Flurstücken („**Vorhabengrundstück**“).
- 1.2 Das Vorhabengrundstück liegt im planungsrechtlichen Außenbereich nach § 35 BauGB. Die Lage der Flurstücke folgt aus dem als **Anlage 1.21.21-2** beigefügten Lageplan.
- 1.3 Der Solarpark besteht aus Photovoltaikmodulen samt einer Unterkonstruktion, die mit Rammprofilen im Erdreich verankert wird. Die Photovoltaikanlage wird in Nord-Süd Richtung oder Ost-West verlaufenden Reihen errichtet. Zu der Anlage gehören zudem die Wege zur Erschließung, die Zähl- Mess-, Übergabe- und Wechselrichtereinrichtungen, Kabel und Leitungen, ein Umspannwerk, die Einzäunung, Nebenanlage sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Die geplante Einspeisung der Energie in das öffentliche Netz erfolgt über ein neu zu errichtendes Umspannwerk der e.dis Netz GmbH auf dem Vorhabengrundstück oder alternativ über ein durch den Vorhabenträger neu zu errichtendes Einspeisumspannwerk. Die jährliche Erzeugung beträgt bis zu 63 Millionen kWh und würde bis zu 21.000 Haushalte mit grünem Strom versorgen und pro Jahr bis zu 23.000 Tonnen klimaschädliches CO<sub>2</sub> vermeiden.

## § 2

### Verfügungsberechtigung

Der Vorhabenträger hat mit den Grundstückseigentümern die für die Durchführung des Vorhabens erforderlichen Nutzungs- bzw. Kaufverträge abgeschlossen. Sofern der Vorhabenträger diese Verträge noch nicht abgeschlossen hat, beabsichtigt er, diese zeitnah abzuschließen. Es ist Aufgabe des Vorhabenträgers, durch entsprechende Vereinbarungen mit den Grundstückseigentümern die Benutzbarkeit und Bebaubarkeit des Vorhabengrundstücks sicherzustellen.

**Kommentiert [GGSC2]:** In welchem Umfang – bezogen auf den Geltungsbereich – liegen entsprechende Verträge vor?

## § 3

### Realisierung des Vorhabens

Der Vorhabenträger verpflichtet sich, das Vorhaben in Einklang mit den Festsetzungen des Bebauungsplans sowie den Vorgaben dieses städtebaulichen Vertrags zu errichten und innerhalb von vier Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplans fertigzustellen. Mit der Errichtung des Vorhabens ist innerhalb von 12 Monaten nach Vorliegen aller erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen zu beginnen.

## § 4

### Art, Umfang und Kosten von Planungsleistungen

- 4.1 Der Vorhabenträger führt die nach diesem städtebaulichen Vertrag übernommenen Maßnahmen ~~im eigenen Namen und~~ auf eigene Rechnung durch und beauftragt Dritte im eigenen Namen.
- 4.2 Der Vorhabenträger übernimmt sämtliche Kosten dieses Vertrags, insbesondere die Erschließungs- und Durchführungskosten für das Vorhaben, die Kosten für die Bauleitplanung, einschließlich eines ggf. erforderlichen Flächennutzungsplanänderungsverfahrens und Vermessung sowie aller Folgekosten (z.B. Auflagen von Behörden oder mit ggf. erforderlichen Planänderungen verbundenen zusätzlichen Kosten), einschließlich gegebenenfalls anfallende Gebühren und Beiträge. Die Parteien sind sich einig, dass der Gemeinde für die Beplanung und Entwicklung des Vorhabengrundstücks – von eigenen Personalkosten abgesehen – keine Kosten entstehen sollen.
- 4.3 Der Vorhabenträger verpflichtet sich, durch ein Planungsbüro seiner Wahl in Abstimmung mit der Gemeinde, alle für die Planung bzw. Durchführung der Bauleitplanverfahren, Vermessung und Herstellung der für die Erschließung der Grundstücke erforderlichen ~~Maßnahmen Bauleitplanungen~~ und für die Ermittlung der Ausgleichsmaßnahmen zum Bebauungsplan Nr. 22-01 „Solarpark Rehagen“ erforderlichen Unterlagen und Fachgutachten erstellen zu lassen. Die Gemeinde ist berechtigt, dem beauftragten Planungsbüro nach Abstimmung mit dem Vorhabenträger Weisungen zu erteilen, soweit dies für eine sachgerechte Ausarbeitung der Planung unterlagen und die Durchführung der Bauleitplanverfahren ~~er~~ erforderlich ist.
- 4.4 Honorarkosten für Planungs- und Gutachterleistungen einschließlich der angefallenen Nebenkosten zahlt der Vorhabenträger direkt an das jeweilige Planungs- bzw. Gutachterbüro. Die Zahlungsaufforderung erfolgt jeweils durch das Planungs- bzw. Gutachterbüro direkt an den Vorhabenträger. Die Honorarkosten sind vom Vorhabenträger auch dann zu übernehmen, wenn sich nach Leistungserbringung herausstellt, dass ~~die~~ Bebauungsplanverfahren nicht fortgeführt werden kann.
- 4.5 Soweit durch Plananpassungen oder zusätzliche Leistungen, die nicht in diesem Vertrag aufgeführt sind, die jedoch für die Rechtskraft des Bebauungsplans unverzichtbar sind, weitere Kosten anfallen, verpflichtet sich der Vorhabenträger auch zur Übernahme dieser Kosten in voller Höhe.
- 4.6 Bei der Erarbeitung der Planentwürfe werden der Vorhabenträger bzw. die beauftragten Büros mit den jeweils zuständigen Stellen der Gemeinde zusammenarbeiten. Diese gewähren die erforderliche Unterstützung während des Planaufstellungsverfahrens.

**Kommentiert [GGSC3]:** Ist eigentlich auch die Anpassung/Aufstellung eines Flächennutzungsplanes erforderlich?

4.64.7 Der Vorhabenträger erstattet der Gemeinde die dieser entstandenen und nachgewiesenen externen Rechtsberatungskosten bis zu einem Maximalbetrag in Höhe von 5.000,00 Euro (netto).

**Kommentiert [GGSC4]:** Konkreter Betrag bleibt noch mit der Gemeinde abzustimmen.

## § 5

### Bereitstellung der Planunterlagen

5.1 Zur Durchführung der einzelnen Verfahrensschritte sind der Gemeinde kostenfrei die notwendigen Unterlagen nach Maßgabe der Gemeinde in ausreichendem Umfang und ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen.

5.2 Dies betrifft auch alle Unterlagen für die Umweltprüfung, die Grünordnungsplanung, die Eingriffs- und Ausgleichsbilanz, die Herstellung eines Lageplanes für das Plangebiet durch einen öffentlich-bestellten Vermessungsingenieur sowie erforderlich werdende Fachgutachten. Die Aufzählung ist nicht abschließend. Weitere erforderliche Fachbeiträge, Stellungnahmen oder Gutachten können sich aus dem Verfahren ergeben.

Zum Planungsumfang gehört weiterhin die Ausarbeitung der Unterlagen für die Durchführung der Beteiligungen gemäß §§ 3 und 4 BauGB, inklusive der Aufbereitung der Ergebnisse aus den Beteiligungen für die Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB und die Erstellung einer zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10a Abs. 1 BauGB.

5.15.3 Die endgültigen Planfassungen sind der Gemeinde kostenfrei nach Maßgabe der Gemeinde als digitale Planungsunterlagen in einem geeigneten Datenformat (PDF) zur Verfügung zu stellen.

## § 6

### Planungshoheit

Die Parteien sind sich darüber einig, dass aus der Kostenübernahme des Vorhabenträgers keine Verpflichtung der Gemeinde zur Aufstellung des Bebauungsplans folgt.

## § 7

### Ausgleichs und Ersatzmaßnahmen

7.1 Der Vorhabenträger verpflichtet sich zur Durchführung der im Bebauungsplan genannten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Die Einzelheiten hierzu regeln die Parteien in einem gesondert abzuschließenden Kompensationsvertrag, sobald die entsprechenden Planungen hinreichend konkretisiert sind. Pflegemaßnahmen sind – soweit nicht ausdrücklich anders geregelt – jährlich durchzuführen. Weitergehende Anforderungen der zuständigen Naturschutzbehörden auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen bleiben unberührt.

7.2 Zur Einhaltung artenschutzfachlicher Belange während der Bauzeit beauftragt der Vorhabenträger ein Fachbüro mit einer ökologischen Baubetreuung und trägt alle damit im Zusammenhang stehenden Kosten.

7.3 Der Vorhabenträger wird alle für die Realisierung des Vorhabens erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen innerhalb der vereinbarten Fristen auf eigene Kosten vollständig und vertragsgemäß fertigstellen und die Fertigstellung der Gemeinde anzeigen. Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollen vorrangig auf Grundstücken innerhalb des Plangebietes erfolgen. Maßnahmen außerhalb des Plangebietes sollen in Abstimmung mit der Gemeinde (z.B. nach Grünordnungskonzept) erfolgen.

7.4 Die Verpflichtung zur Realisierung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist aufschiebend bedingt durch den Baubeginn des Vorhabens, sofern und soweit nicht bestimmte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vor dem Baubeginn durchgeführt werden müssen. Die Einzelheiten hierzu regelt der Kompensationsvertrag.

**Kommentiert [GGSC5]:** Bitte seitens der Gemeinde Mellensee prüfen, ob diese Regelung für diese relevant/wichtig wäre.

## **§ 8**

### **Erschließungsmaßnahmen**

8.1 Der Vorhabenträger hat keinen Anspruch gegen die Gemeinde auf Durchführung von Erschließungsmaßnahmen – gleich welcher Art – im Zusammenhang mit der Errichtung des Vorhabens auf Kosten der Gemeinde.

8.2 Die Gemeinde sichert zu, dass vorhandene Gemeindewege für die Erschließung genutzt werden dürfen, soweit dies nicht bereits bestehende Rechte Dritter beeinträchtigt. Dies umfasst auch die notwendigen Kabelrechte und Kabelwege.

8.3 Sollten Erschließungsmaßnahmen notwendig werden, hat der Vorhabenträger die Erschließung auf eigene Kosten durchzuführen. Die Einzelheiten hierzu regeln die Parteien in einem gesondert abzuschließenden Erschließungsvertrag.

**Kommentiert [GGSC6]:** Welche Maßnahmen der inneren und äußeren Erschließung sind erforderlich? Bitte kurz beschreiben.

## **§ 9**

### **Gewerbsteuer**

Der Vorhabenträger stellt durch entsprechende organisatorische Maßnahmen im Zuge der Realisierung sicher, dass die Gemeinde den zugunsten der Standortgemeinde vorgesehenen Anteil am Gewerbesteuermessbetrag in Höhe von 90 % (vgl. § 29 Abs. 1 Gewerbesteuerge-  
setz) dauerhaft erhalten kann.

## ~~§ 9~~ § 10

### Rückbauverpflichtung

~~9.4.10.1~~ Der Vorhabenträger verpflichtet sich, für den Fall des Abbruchs der Baumaßnahmen, des Nichtbetreibens des Solarparks über einen Zeitraum von mehr als 12 Monaten und nach Beendigung der Nutzung des Solarparks alle oberirdischen baulichen Anlagen binnen einem Jahr zurückzubauen.

~~9.2.10.2~~ Der Abbruch der Baumaßnahmen sowie das Nichtbetreiben des Solarparks sind der Gemeinde unverzüglich anzuzeigen.

## ~~§ 10~~

### Exklusivität

~~Die Gemeinde verpflichtet sich, keinem anderen Vorhabenträger einen städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan für das Vorhabensgrundstück anzudienen, zu verhandeln oder gar abzuschließen, solange der Vorhabenträger nicht in Schriftform erklärt hat, dass er keinen städtebaulichen Vertrag mit der Gemeinde über die Durchführung des Vorhabens abschließen wird.~~

## § 11

### Übertragung von Pflichten und Rechtsnachfolge

Der Vorhabenträger ist berechtigt, Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen oder mehrere Dritte mit Zustimmung der Gemeinde zu übertragen. Die Zustimmung darf nur aus wichtigem Grund versagt werden. Es gilt § 12 Abs. 5 BauGB entsprechend zu übertragen. Die Übertragung ist der Gemeinde schriftlich anzuzeigen. ~~Die Gemeinde stimmt der Übertragung schon jetzt unwiderruflich zu.~~ Der Vorhabenträger verpflichtet sich, die in diesem Vertrag vereinbarten Rechte und Pflichten rechtsverbindlich seinem Rechtsnachfolger mit Weitergabeverpflichtung aufzuerlegen.

Der Vorhabenträger wird von den Verpflichtungen aus diesem Vertrag erst frei, wenn ein Dritter/ein Rechtsnachfolger sie verbindlich übernommen hat. Der Vorhabenträger ist nur mit Zustimmung der Gemeinde berechtigt, etwaige Ansprüche aus diesem Vertrag oder solche, die er im Zusammenhang mit diesem Vertrag gegenüber der Gemeinde zu haben glaubt, an Dritte abzutreten. Der Vorhabenträger haftet der Gemeinde als Gesamtschuldner für die Erfüllung der in dem Vertrag geregelten Verpflichtungen neben einem etwaigen Rechtsnachfolger/Dritten, soweit die Gemeinde ihn nicht ausdrücklich aus der Haftung entlassen hat.

Die Absicht, die Pflichten aus dieser Vereinbarung zu übertragen, ist der Gemeinde schriftlich mitzuteilen; der entsprechende Vertragsentwurf ist beizufügen.



## **§ 12**

### **Verhaltensgrundsätze**

Die Vertragsparteien versichern, während der Ausführung von Leistungen aufgrund dieses Vertrages die folgenden Grundsätze zu beachten:

- 12.1 Es ist unzulässig, einem/einer Mitarbeiter/in des Vorhabenträgers oder der Gemeinde oder eines mit ihm verbundenen Unternehmens oder einem im Rahmen des Vertragsverhältnisses tätigen Dritten, Leistungen materieller oder immaterieller Art, die eine Vertragspartei oder deren Mitarbeiter oder für diese im Rahmen des Vertragsverhältnisses tätige Dritte (auch mittelbar z.B. über Ehe-/ Lebenspartner oder Kinder) besser stellen und auf die kein rechtlich begründeter Anspruch besteht, anzubieten, zu versprechen oder zu gewähren, um dafür im Gegenzug unzulässige Vorteile bei der Auftragsvergabe oder der Durchführung von Verträgen zu erhalten.
- 12.2 Die Vertragsparteien sind verpflichtet, alle Zahlungen/ Zuwendungen/ sonstigen Vorteile materieller oder immaterieller Art offen zu legen, die sie an Mitarbeiter, Agenten, Makler oder andere Mittelspersonen der Vertragsparteien im Zusammenhang mit dem Vertragsschluss geleistet haben, zu leisten verpflichtet sind oder zu leisten beabsichtigen.
- 12.3 Die Vertragsparteien werden keine Handlung begehen oder zulassen, die dazu führen würde, dass eine Vertragspartei oder jeweils mit ihnen verbundene Unternehmen Gesetze oder Vorschriften verletzen, die zum Schutz vor Korruption erlassen worden sind (z.B. § 299 StGB, UK Bribery Act (2010) oder US Foreign Corrupt Practices Act). Dies betrifft auch die Umsetzung internationaler Vorschriften wie z.B. der OECD Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transactions in nationale Gesetze (u.a. Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung) und das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb.

## **§ 13**

### **Haftung des Vorhabenträgers/Haftungsausschluss zugunsten der Gemeinde**

- 13.1 Der Vorhabenträger haftet für alle Schäden an den Straßen und Wegen, die im Rahmen der Baumaßnahme, bei der Wartung, Reparatur oder dem Abbau des Solarparks durch ihn oder von ihm beauftragte Personen entstehen.
- 13.2 Der Vorhabenträger stellt die Gemeinde von allen Ansprüchen Dritter frei, die aus der Realisierung des Vorhabens **einschließlich der Baugenehmigung geltend gemacht oder** resultieren können. **Dazu gehören auch Kosten für eine etwaige Verteidigung des Bebauungsplans in einem gerichtlichen Verfahren.**
- 13.3 Der Vorhabenträger verpflichtet sich, vor dem Satzungsbeschluss eine schriftliche **Verzichtserklärung der Grundstückseigentümer vorzulegen, wonach diese erklären, für sich**

und etwaige Rechtsnachfolger/Erwerber die künftigen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 22-01 „Solarpark Rehagen“ anzuerkennen und auf eventuelle sich aus der Festsetzung ergebende Übernahme- und Geldansprüche nach §§ 40, 41 BauGB zu verzichten.

13.213.4 Dem Vorhabenträger ist bekannt, dass auf die Aufstellung von Bauleitplänen und städtebaulichen Satzungen gemäß § 1 Absatz 3 BauGB kein Anspruch besteht. Sollte die Aufstellung des Bebauungsplanes nicht zum Abschluss gelangen, kann der Vorhabenträgerin keinen Schadensersatz oder sonstigen Anspruch gegen die Gemeinde geltend machen.

13.313.5 Sollte – aus welchen Gründen auch immer – der Bebauungsplan nicht in Kraft treten, hat der Vorhabenträger keine Ansprüche auf Schadensersatz und/oder Ersatz erfolgloser Aufwendungen gegen die Gemeinde. Entsprechendes gilt, sollte der Bebauungsplan mit Festsetzungen in Kraft treten, die der Realisierung des geplanten Vorhabens entgegenstehen. Dies gilt weiterhin für den Fall, dass sich die Unwirksamkeit des Bebauungsplans im Verlauf eines gerichtlichen Verfahrens herausstellt oder der Bebauungsplan aus berechtigten Gründen zur Nichtanwendung durch eine Behörde kommt.

## **§ 14**

### **Rücktrittsrecht/Fristsetzung**

14.1 Der Vorhabenträger ist berechtigt, in folgenden Fällen vom Vertrag zurückzutreten:

14.1.1 Der Bebauungsplan weicht von dem in diesem Vertrag angenommenen Nutzungskonzept ab und die Abweichungen sind derart erheblich, dass die Parteien sich nicht auf eine Anpassung dieses Vertrags einigen können.

14.1.2 Der Bebauungsplan ist nicht bis zum 18. Januar 2024 in Kraft getreten oder die erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen zur Realisierung des Vorhabens werden nicht bis zum 18. Januar 2025 erteilt.

14.1.3 Die Ausführung des Vorhabens ist rechtlich und/oder technisch oder aus wirtschaftlichen Gründen unmöglich.

14.1.314.1.4 Bereits erbrachte Leistungen und/oder Zahlungen sind im Falle eines Rücktritts nicht zurückzahlen bzw. verbleiben bei der Gemeinde. Dies gilt auch für alle zu diesem Zeitpunkt bereits erstellten Planungsunterlagen.

14.2 Das Rücktrittsrecht des Vorhabenträgers erlischt, wenn vor Inkrafttreten des Bebauungsplans die erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen erteilt werden. Sollte die Genehmigungen in einem Rechtsmittelverfahren aufgehoben werden, ohne dass von ihr Gebrauch gemacht wurde, so lebt das Rücktrittsrecht wieder auf, sofern nicht bis zu diesem Zeitpunkt der Bebauungsplan in Kraft getreten ist.

14.3 Erfüllt der Vorhabenträger eine der Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht fristgerecht oder fehlerhaft, ist die Gemeinde berechtigt, dem Vorhabenträger eine angemessene Nachfrist zu setzen. Die Fristsetzung bedarf der Schriftform. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist ist die Gemeinde berechtigt, von diesem Vertrag ganz oder teilweise zurückzutreten.

14.314.4 Die Gemeinde kann den Vertrag auch kündigen, wenn der Vorhabenträger die sich aus dem Vertrag ergebenden Pflichten nicht einhält oder wenn über dessen Vermögen das Insolvenz- oder Vergleichsverfahren eröffnet wird.

## § 15

### Schlussbestimmungen

15.1 Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Änderung des Schriftformerfordernisses.

15.2 Sollte eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder unwirksam werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck des Vertrages rechtlich und wirtschaftlich entsprechen. Gleiches gilt entsprechend im Falle einer Regelungslücke.

15.3 Der städtebauliche Vertrag tritt mit Unterzeichnung durch beide Vertragsparteien in Kraft.

15.4 Gerichtsstand für beide Vertragsparteien ist der Sitz der Gemeinde.

\_\_\_\_\_  
(Ort, Datum)

\_\_\_\_\_  
(Ort, Datum)

\_\_\_\_\_  
Herr Broshog - Bürgermeister

\_\_\_\_\_  
M-Solarkraftwerk 8 GmbH & Co. KG...

### Anlagenverzeichnis

Anlage Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.1.4: Flurstücke

Anlage 1.14-11-2: Lageplan